

aus Aktivisten bestehenden und im Widerstand kämpfenden Partei“ entspreche und deshalb der Vergangenheit des Bürgerkriegs vor 40 Jahren angehöre.

Dem zukünftigen, demokratisierten Spanien, so Carrillo im April vor dem ersten legalen Parteitag seit 46 Jahren, komme seine Partei mit dem „demokratischen Kongreß aller spanischen Parteien“ entgegen: Jeder dürfe reden, kritisieren, Anträge stellen und für das Zentralkomitee kandidieren.

Obwohl schließlich die Genossen mit Vierfünftel-Mehrheit den Grundsatz des Marxismus-Leninismus aus den Statuten strichen, hielten sie am demokratischen Zentralismus ausdrücklich fest — „weil wir eine revolutionäre Partei bleiben“, begründete Carrillo diesen Widerspruch.

schen Genossen bleibt der demokratische Zentralismus vor allem ein Mittel, die verschiedenen Strömungen auf den einzelnen Parteiebenen zu bündeln (Konsensmodell). Diskussionen, gar Kritiken wie beim spanischen Parteitag sind angeblich unnötig. ZK-Mitglied Sergio Segre: „Das haben wir bereits hinter uns.“

Als jedoch die prominenten ZK-Mitglieder Luigi Lombardo-Radice und Umberto Teracini vor drei Wochen einen Appell unterschrieben, der die Regierung zu Verhandlungen mit den Moro-Entführern aufrief, wurden sie offiziell in der Parteizeitung „l'Unità“ wegen ihrer von der Parteilinie abweichenden Haltung getadelt. Lombardo-Radice mußte sich öffentlich von seiner Unterschrift („Das hatte ich nicht gewollt“) distanzieren.

TÜRKEI

Rache für Hamido

Die bewaffnete Rechte schürt einen Bürgerkrieg, um den sozialdemokratischen Premier Ecevit zu stürzen.

Schokolade für seine Enkel vermutete Hamid Fendoglu, Bürgermeister der ostanatolischen Stadt Malatya, in einem Paket, das aus Ankara an ihn abgeschickt worden war.

Als er es öffnete, wurden er, seine Enkel Ahmed und Bozkurt sowie seine im achten Monat schwangere Schwiegertochter von der Explosion einer Fünf-Pfund-Bombe zerrissen. Nur seine Frau, die sich im Nebenzimmer aufhielt, überlebte das Attentat.



Militär, Aufrührer in Malatya: „Solche Aktionen kommen nicht von Kindern“

Zugleich „demokratisch und revolutionär“ zu sein, wie es nun in den revidierten Statuten der spanischen KP heißt, ist eine Verpflichtung, mit der jede der drei eurokommunistischen Parteien besondere Schwierigkeiten hat: Sie möchten nach außen für die Demokratie streiten, im Innern aber ein autoritäres Regime bleiben.

Carrillo räumte zwar der Parteibasis ein Mitspracherecht ein und gestattet auch Meinungen, die von der Mehrheit abweichen. Doch gleichzeitig zog er die zentralistischen Zügel wieder straffer und schuf einen neuen, vom Exekutivkomitee (entsprechend dem Politbüro in anderen KPs) gewählten „ständigen Ausschuß“ als neues oberstes Führungsorgan. Den Vorsitz hat dort der Chef des Parteisekretariats Santiago Carrillo.

Bei den zur politischen Ordnungsmacht Italiens gewandelten italieni-

en in der französischen KP, die sich vor politischer Mitverantwortung immer wieder in das Getto der proletarischen Kampfpartei zurückzieht, behielt der orthodoxe Politbüro-Flügel um den „Humanité“-Direktor Roland Leroy die Oberhand. Kritik an der Parteiführung, so wurde allen Aufsässigen von oben herab beschieden, offenbare „politische Schwäche, verbunden mit totaler Unkenntnis der Realitäten des Kampfes“.

Eine Demokratisierung des „demokratischen Zentralismus“, glauben die Kritiker, kann nun allenfalls auf dem nächsten Parteitag im Frühjahr 1979, den Paul Laurent, Politbüro-Mitglied und Organisationschef, vorbereitet, beginnen. Spitzenfunktionär Laurent, der zum Lager der Demokratisierer gezählt wird, war als KPF-Vertreter beim Parteitag der Spanier.

Von der Debattierfreude der dortigen Genossen war er „tief beeindruckt“.

Der Mordanschlag am 17. April führte in Malatya zu „Zuständen wie im Libanon“, schrieb das Istanbul Massenblatt „Hürriyet“. In der 130 000-Einwohner-Stadt tobte tagelang Bürgerkrieg.

Die Wut des Mobs richtete sich gegen alles, was als links gilt. Denn Hamid Fendoglu war ein Rechter gewesen, orthodoxer Moslem und Kurde.

Aus den Kurdendörfern strömten bewaffnete Bauern in die Stadt, in der bereits die lokalen „Grauen Wölfe“ wühten: eine Mord- und Terrororganisation der „Nationalen Bewegungspartei“ des Hitler-Verehrerers Alparslan Türkes, eines Zyperntürken, der von einem neuen Großtürkischen Reich träumt.

In grünen Parkas mit dem Abzeichen der Grauen Wölfe, die Gesichter ver mummt, stürmten die Türkei-Banden durch die Stadt, steckten Partei- und Versammlungslokale der Linken in Brand, plünderten Geschäfte, zer-

störten vier Druckereien, drangen in Schulen ein und entführten Schüler — drei von ihnen wurden später gefoltert und ermordet vor der Stadt gefunden.

Zwei Tage lang beherrschte der Mob mit dem Schlachtruf „Rache für Hamido“ die Stadt, bis Militär eingriff. Erst als tausend Soldaten die Stadt von der Umgebung abgeschnitten hatten und Düsenjäger im Tiefflug über die Dächer heulten, kehrte wieder Ruhe ein. Bilanz des Malatya-Aufzugs: acht Tote, 60 Verletzte, 230 Verhaftete, 473 zerstörte Häuser.

Wie immer, wenn in einem Winkel der Türkei Blut fließt, töteten Anhänger der Getöteten nun ihrerseits. Seit Malatya forderten politische Auseinandersetzungen weitere zehn Menschenleben — türkischer Alltag, so scheint es.

Allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres sind in der Türkei bei po-

wollte damit Rachezüge gegen alles Linke provozieren, dabei den seit Januar regierenden sozialdemokratischen Premier Bülent Ecevit stürzen und sich selbst wieder an die Macht bomben — oder aber einen Putsch der Armee provozieren.

Dieses Ziel hatte der General Kemal Ersun mit markigen Worten skizziert: „Durch Sabotageaktionen und politische Morde einen Bürgerkriegszustand schaffen — und dann kommen wir.“ Ersun wurde zwar 1977 „aus Gesundheitsgründen“ aus der Armee entlassen — doch gleichgesinnte Kameraden haben die Uniform noch an. Sie sind Mitglieder einer Geheimorganisation innerhalb der Streitkräfte, die sich „Konter-Guerilla“ nennt und der — wie seinerzeit den griechischen Putsch-Obristen — enge Beziehungen

Menschen hatten sich zur Mai-Feier des Gewerkschaftsverbandes Disk in Istanbul versammelt. Kurz vor Versammlungsschluß schossen Attentäter in die Menge. 38 Männer und Frauen blieben tot auf dem Platz — eine Untat von „Maoisten“, erklärte die rechte Regierung Demirel und begann wieder, zahlreiche Linke zu verhaften.

„Solche Aktionen kommen nicht von Kindern, sondern von einer starken Organisation“, schrieb hingegen der damalige Oppositionsführer Ecevit, heute Premier. Er meinte damit die Konter-Guerilla-Einheiten — und nicht nur sie.

Es gibt zahlreiche Querverbindungen zwischen den Faschisten des Alparslan Türkeş, der Konter-Guerilla in den Streitkräften und dem militärischen Geheimdienst MIT. Türkeş hat einen nahen Verwandten im MIT sitzen, und wiederholt wurde der Verdacht laut, daß Türkeş' „Graue Wölfe“ ihre Informationen über potentielle Mord-Opfer direkt vom MIT bekommen. Als der sozialdemokratische Abgeordnete Süleyman Genç einen solchen Verdacht aussprach, explodierte kurz darauf vor seinem Haus eine Bombe.

Dennoch wird immer mehr über die Organisation der Konter-Guerilla bekannt. Ihre Führung arbeitet im Gebäude des Generalstabs in Ankara. Ihren Deckmantel findet sie im STK, dem „Untersuchungsausschuß für Mobilmachung“, gegründet von den ehemaligen Militärkommandanten von Istanbul, Izmir und Ankara, den Generalen Faik Türün, Mahmut Unlutürk und Kemal Ersun.

Mitglieder müssen den Schwur ablegen: „Wenn ich Informationen über das, was ich lerne oder was ich tue, weitergebe, wird mein Körper von dieser Welt verschwinden.“

Zwar hat der sozialdemokratische Premier Ecevit nach den Ereignissen von Malatya versprochen, „die Nester des Terrors auszuheben“, da sonst „ein Bürgerkrieg unvermeidbar“ sei — doch ob er dazu die Macht und insbesondere genügend Rückhalt in der Armee hat, ist mehr als fraglich.

Alparslan Türkeş ist, obwohl er im Parlament nur eine Mini-Fraktion von 16 der insgesamt 450 Abgeordneten kommandiert, zuversichtlich, daß er die stärkeren Bataillone hat. „Im Falle eines offenen Kampfes können wir auf fünf Millionen Bewaffnete zählen“, behauptete er, bevor er sich vorletzte Woche in die Bundesrepublik absetzte, um seine Anhänger unter den türkischen Gastarbeitern zu mobilisieren.

Daheim in der Türkei sagte einer der Gründer der Konter-Guerilla, der Ex-General Türün, dem Sozialdemokraten Ecevit dessen Schicksal voraus: Es werde Ecevit gehen wie dem chilenischen Präsidenten Allende, „der auch mit den Kommunisten paktierte: Jeder weiß, was aus ihm geworden ist.“ ◆



Plakat der Grauen Wölfe, Anhänger: „Vor Grausamkeiten nicht zurückschrecken“

litischen Attentaten über 220 Menschen ums Leben gekommen, explodierten 300 Bomben. Seit 1975 forderte der politische Straßenkampf beim schwerkranken Mann am Bosphorus schon über 600 Menschenleben.

Dennoch hatte der Bürgerkrieg in Malatya eine neue Qualität: Wenige Tage nach dem Attentat konnte die Polizei seine Urheber orten und 24 Beteiligte verhaften: Es waren „Graue Wölfe“, darunter der Sohn eines faschistischen Abgeordneten, die das Sprengstoffpaket in einem ihrer Stützpunkte hergestellt hatten — dem sogenannten Kernenergie-Zentrum in Ankara.

Gleichzeitig konnten drei Oberschüler, Mitglieder der „Grauen Wölfe“, mit Sprengstoff in ihren Schultaschen verhaftet werden. Sie hatten den Auftrag, damit Parteibüros ihrer eigenen Nationalen Bewegung in die Luft zu jagen — auf Befehl ihrer Führung. Sie

zum amerikanischen Geheimdienst CIA nachgesagt werden.

Der Justizoberst Emin Deger, Rechtsberater im Verteidigungsministerium, veröffentlichte im Sommer 1977 ein Buch unter dem Titel „CIA, Konter-Guerilla und die Türkei“, in dem er aus einem bei der Ausbildung der türkischen Streitkräfte benutzten CIA-Lehrbuch zitiert: „Es sind Aktionen durchzuführen, die in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken sollen, sie kämen von Revolutionären. Hierbei darf vor Grausamkeiten nicht zurückgeschreckt werden.“

Ex-Obrist Deger sieht in der innenpolitischen Entwicklung der Türkei seit 1971 eine „minuziöse Anwendung dieser Lehrsätze“.

Einen grausigen Höhepunkt erlebte die politische Gewalttätigkeit in der Türkei am 1. Mai 1977. An die 150 000